

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

7. Ausgabe / 29. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

09. Juli 2019

Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen-Anhalt gewählt auf der 1. Tagung des 7. Parteitages am 29. und 30. Juni 2019 in Burg

Stefan Gebhardt - Landesvorsitzender

lv@dielinke-lsa.de

abgegebene Stimmen: 128

gültige Stimmen: 128

Stefan Gebhardt

Ja: 69,5 % (89 Stimmen)

Nein: 18,8 % (24 Stimmen)

Enthaltungen: 11,7 % (15 Stimmen)

Stellvertreter*innen des Landesvorsitzenden

abgegebene Stimmen: 127

(gültige Stimmen: 127)

Janina Böttger

Ja: 74,8 % (95 Stimmen)

Nein: 12,6 % (16 Stimmen)

Enthaltungen: 12,6 % (16 Stimmen)

Doreen Hildebrandt

Ja: 80,3 % (102 Stimmen)

Nein: 13,4 % (17 Stimmen)

Enthaltungen: 6,3 % (8 Stimmen)

Mario Blasche

Ja: 88,2 % (112 Stimmen)

Nein: 7,1 % (9 Stimmen)

Enthaltungen: 4,7 % (6 Stimmen)

Landesgeschäftsführerin

abgegebene Stimmen: 126

(gültige Stimmen: 126)

Sabine Krems

Ja: 72,2 % (91 Stimmen)

Nein: 14,3 % (18 Stimmen)

Enthaltungen: 13,5 % (17 Stimmen)



Landesschatzmeister

abgegebene Stimmen: 126

(gültige Stimmen: 126)

Hans-Joachim Bittrich

Ja: 86,5 % (109 Stimmen)

Nein: 7,2 % (9 Stimmen)

Enthaltungen: 6,3 % (8 Stimmen)

Mitglieder des Landesvorstandes

Evelyn Edler

Ja: 80,8 % (101 Stimmen)

Nein: 10,4 % (13 Stimmen)

Enthaltungen: 8,8 % (11 Stimmen)

Rebekka Grotjohann

Ja: 76,4 % (94 Stimmen)

Nein: 13 % (16 Stimmen)

Enthaltungen: 10,6 % (13 Stimmen)

Gabriele Herrmann

Ja: 78,1 % (96 Stimmen)

Nein: 8,1 % (10 Stimmen)

Enthaltungen: 13,8 % (17 Stimmen)

Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ... Fortsetzung von Seite 1

Monika Hohmann

Ja: 85,7 % (108 Stimmen)
Nein: 5,6 % (7 Stimmen)
Enthaltungen: 8,7 % (11 Stimmen)

Louise Müller

Ja: 75,8 % (94 Stimmen)
Nein: 14,5 % (18 Stimmen)
Enthaltungen: 9,7 % (12 Stimmen)

Gudrun Tiedge

Ja: 86,4 % (108 Stimmen)
Nein: 6,4 % (8 Stimmen)
Enthaltungen: 7,2 % (9 Stimmen)

Roland Claus

Ja: 75,6 % (93 Stimmen)
Frank Hoffmann
Ja: 68,3 % (84 Stimmen)

Timon Kniewel

Ja: 68,3 % (84 Stimmen)

Stephan Krull

Ja: 63,4 % (78 Stimmen)

Dr. Karsten Lippmann

Ja: 65,9 % (81 Stimmen)

Jan Wagner

Ja: 70,7 % (87 Stimmen)

Landesfinanzrevisionskommission

Elisabeth Nagel

Ja: 97,6 % (121 Stimmen)
Nein: 0,8 % (1 Stimmen)
Enthaltungen: 1,6 % (2 Stimmen)

Carolin Spieß

Ja: 90,3 % (112 Stimmen)
Nein: 4,0 % (5 Stimmen)
Enthaltungen: 5,7 % (7 Stimmen)

Chris Scheunchen

Ja: 96,8 % (120 Stimmen)
Nein: 2,4 % (3 Stimmen)
Enthaltungen: 0,8 % (1 Stimmen)

Landesschiedskommission

Eva von Angern

Ja: 84,8 % (106 Stimmen)
Nein: 10,4 % (13 Stimmen)
Enthaltungen: 4,8 % (6 Stimmen)

Anisa Fliegner

Ja: 94,4 % (119 Stimmen)
Nein: 2,4 % (3 Stimmen)
Enthaltungen: 3,2 % (4 Stimmen)

Burga Richter

Ja: 92,0 % (116 Stimmen)
Nein: 2,4 % (3 Stimmen)
Enthaltungen: 5,6 % (7 Stimmen)

Benjamin Dietrich

Ja: 87,2 % (109 Stimmen)
Nein: 8,0 % (10 Stimmen)
Enthaltungen: 4,8 % (6 Stimmen)

Frederick Leander John

Ja: 88,1 % (111 Stimmen)
Nein: 7,1 % (9 Stimmen)
Enthaltungen: 4,8 % (6 Stimmen)

Mitglieder und Ersatzmitglieder im

Bundesausschuss

Ute Haupt

Ja: 92,9 % (117 Stimmen)
Nein: 6,3 % (8 Stimmen)
Enthaltungen: 0,8 % (1 Stimmen)

Petra Weiher

Ja: 92,9 % (117 Stimmen)
Nein: 4,7 % (6 Stimmen)
Enthaltungen: 2,4 % (3 Stimmen)

Mario Blasche

Ja: 93,7 % (118 Stimmen)
Nein: 5,5 % (7 Stimmen)
Enthaltungen: 0,8 % (1 Stimmen)

Torsten Hans

Ja: 82,5 % (104 Stimmen)
Nein: 13,5 % (17 Stimmen)
Enthaltungen: 4,0 % (5 Stimmen)

Ersatzmitglieder im Bundesausschuss:

Monika Krüger

Ja: 94,4 % (119 Stimmen)
Nein: 4,8 % (6 Stimmen)
Enthaltungen: 0,8 % (1 Stimmen)

Hans-Joachim Bittrich

Ja: 92,1 % (116 Stimmen)
Nein: 7,1 % (9 Stimmen)
Enthaltungen: 0,8 % (1 Stimmen)

Das Land, die Leute, DIE LINKE - gemeinsam unser Land verändern

Beschluss der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 29. und 30. Juni in Burg

Der vollständige Text kann auf der Webseite des Landesverbandes nachgelesen werden.
[https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/aaa_download_lsa/Parteitage/7._LPT__1.Tagung/
Beschluesse/2019-06-29-LPT-Beschluss_Leitantrag.pdf](https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/aaa_download_lsa/Parteitage/7._LPT__1.Tagung/Beschluesse/2019-06-29-LPT-Beschluss_Leitantrag.pdf)



Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!

Beschluss der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 29. und 30. Juni 2019 in Burg

1. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will einen Diskussionsprozess über das bedingungslose Grundeinkommen führen. Der Landesvorstand wird beauftragt, diesen Diskussionsprozess zu unterstützen und so zu organisieren, dass in den Kreis- und Stadtverbänden gemeinsam mit der LAG Grundeinkommen und anderen Akteur*innen von innerhalb und außerhalb der Partei über ein linkes Grundeinkommen diskutiert werden kann. Dabei sollen gleichermaßen Befürworter*innen und Gegner*innen eines BGE zu Wort kommen.
2. Am Ende dieses Prozesses soll auf einem Landesparteitag über die Position des Landesverbandes zum BGE entschieden werden.

Beschluss



der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 29. und 30. Juni 2019 in Burg

Nach den Kommunalwahlen im Mai 2019 sind auch Gremien neu zu besetzen. Dabei sollten wir, besonders als LINKE, die Chance nutzen, bei der Zusammensetzung der neu zu wählenden Gremien wie Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie Vorständen und Beiräten, mehr als bisher Frauen berücksichtigen, um die gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
04.07.2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 08.08.2019

Gesamtmitgliederversammlung im Saalekreis

Am 22. Juni haben wir uns trotz des hervorragenden Wetters wieder im Schlossgartensalon in Merseburg getroffen. Diesmal galt es, den Kreisvorstand und die dazugehörenden Ämter zu wählen. Doch vorher musste der alte Vorstand entlastet werden. So begann der Vorsitzende Alexander Sorge zunächst mit seinem Bericht, den er mit den Worten „wir müssen reden“ eröffnete. Seine bewegte Rede drehte sich um den internen Zusammenhalt, obwohl oder gerade weil wir mit einer geringeren Mannstärke in die Öffentlichkeit gehen. Wir werden zu wenig wahrgenommen, was sich auch in den Wahlergebnissen niederschlägt. In den Ortsverbänden ist es zu bemerken, die Zahl der aktiven Teilnehmer geht zurück. Unsere langjährigen Mitglieder können aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an Aktionen teilnehmen und die Jungen treten wieder aus. Auch hierfür können vereinzelt konkrete Gründe genannt werden, wo es die Mitglieder uns mitgeteilt haben; die Ausrichtung der Partei ist manchen nicht links genug oder die Querelen auf der Bundesebene führen dazu, dass die Basis nicht ordentlich arbeiten kann. Zum Vergleich: im Mai 2018 verfügte der Saalekreis über 281 Mitglieder, davon 47% Frauen. Im Mai 2019 waren es nur noch 255 Mitglieder bei gleichbleibendem Frauenanteil. Wir hatten 19 Austritte und 10 Verstorbene, 4 Wegzüge bei gerademal 5 Eintritten und 2 Hinzugezogenen. Bemerkenswert ist, dass die Mitgliederzahl derer im Alter von 35 – 55 Jahren zunimmt. Ein Alter, welches uns gut bei Aktionen unterstützen kann und für zukünftige Ämter und Gremienarbeiten herangezogen werden kann. Wir müssen unsere Mitglieder halten und ihnen Aufgaben anvertrauen, um sie zu motivieren. Die Entwicklung innerhalb des Kreisvorstandes ist ein gutes Beispiel, dass es nicht immer klappt. Mit 14 zu besetzenden Stellen war der Kreisvorstand auf der Seite der Frauen nicht vollständig besetzt. Es ist schwer, Interessierte und vor allem motivierte Leute zu finden, die sich zutrauen, eine Aufgabe zu übernehmen. Dabei geben die alten Hasen Unterstützung soweit es geht.

Zu den Wahlen: Die AfD und die Grünen haben auch bei uns Stimmen gezogen und so das Ergebnis verschoben. Von unseren vormals zwölf Sitzen im Kreistag halten wir nunmehr nur noch acht. Die Grünen haben uns bereits angesprochen, ob wir in eine ge-

meinsame Fraktion gehen wollen. Mit den zusätzlichen vier Mandaten bilden wir dann die zweitstärkste Kraft hinter der CDU mit 15 Sitzen und haben die Aussicht auf zwei Ausschüsse. In den Kommunen haben wir zum größten Teil verloren, dennoch gibt es auch zwei Ortschaften, in denen das Ergebnis im Vergleich zur vorherigen Wahl gleichgeblieben ist. Wir haben 100 Mandate mit 71 Mandatsträgern (Achtung: Doppelfunktionen) eingefahren. Uwe Ritter, unser Kreisschatzmeister, nutzte die Wahlergebnisse, um noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass Mandatsträger auch einen Beitrag zu entrichten haben, der letztlich Kandidierenden bei Wahlen zugutekommt. Generell, so Ritter, geht es dem Saalekreis nicht schlecht, unsere Einnahmen sind konstant. Jedoch sind unsere besten Beitragszahler sehr alt und diese Quelle wird über kurz oder lang versiegen können. Deshalb der Appell an alle Mitglieder, zu prüfen, ob eine Anpassung machbar ist. Für jedes Mitglied zahlt der Saalekreis 11 Euro an die Landeslinke für Aktionen und Wahlkampf. Das muss erst einmal erwirtschaftet werden, wenn die Beiträge gar niedriger sind. Letztlich wurde der alte Vorstand entlastet und der neue Vorstand konnte gewählt werden.

Zwischen den Wahlgängen gab es die Möglichkeit für die Mitglieder, sich über die Berichte auszutauschen und es gab viel Unmut über die verspäteten Wahlkampfmaterialien sowie deren optische Verwechslung mit denen des Kreistags. Auch wurde über die Personalquerelen auf Bundesebene gesprochen, die nicht förderlich für einen Wahlkampf waren und sogar die Mitglieder bereits aufregte.

Zu den Wahlergebnissen:

Bei 40 gültigen Stimmen wurden gewählt:

Alexander Sorge als Kreisvorsitzender mit 38 Ja-Stimmen,

Daniela Müller als Stellvertreterin mit 38 Ja-Stimmen,

Marie-Luise Kuckert als neue Schatzmeisterin mit 40 Ja-Stimmen.

Der Kreisverband freut sich sehr über sein neues Mitglied und ist Marie-Luise dankbar für die Übernahme dieser verantwortungsvollen Aufgabe.

Die weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes:

Bei 37 gültigen Stimmen wurden gewählt:

Sybille Bräuner mit 32 Ja-Stimmen,
Angelika Hunger mit 34 Ja-Stimmen,
Regina Siegemund mit 37 Ja-Stimmen.

Bei den Männern wurden 38 gültige Stimmen abgegeben und in den Vorstand gewählt:

Silvan Arndt mit 34 Ja-Stimmen,
Robert Berndt mit 38 Ja-Stimmen,
Jürgen Butzkies mit 33 Ja-Stimmen,
Florian Fandrich mit 36 Ja-Stimmen,
Dirk Hamm mit 37 Ja-Stimmen,
Uwe Ritter mit 38 Ja-Stimmen.

Für die Finanzrevisionskommission wurden gewählt bei 38 gültigen Stimmen:

Ulrike Müller mit 38 Ja-Stimmen
Frank Zacharias mit 33 Ja-Stimmen.

Die konstituierende Sitzung findet am 8. Juli, 18:30 Uhr in der Regionalgeschäftsstelle Merseburg statt. Die nächste Sitzung ist am 29. Juli, 18:30 Uhr am gleichen Ort.

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

Alle Kreisverbände der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie Ihr wisst, stehen dieses Jahr noch drei wichtige Landtagswahlen an. Wir alle wollen starke LINKE-Wahlergebnisse in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Wir machen Wahlkampf für soziale Gerechtigkeit, gemeinsam können wir den Rechtsruck zurückdrängen. Dafür brauchen unsere Landesverbände die Unterstützung der gesamten Partei. Ob Plakate hängen, Infostände machen, stecken und Material verteilen, Kandidat_innen unterstützen oder an die Haustüren gehen, Eure Hilfe wird benötigt. Also auf in den Wahlkampf - wir sind DIE LINKE und kämpfen zusammen!

Mit dieser E-Mail wollen wir besonders für die Landtagswahlkampfunterstützung in Brandenburg und Sachsen werben. Für Thüringen bekommt Ihr im August noch eine gesonderte E-Mail. Bitte besprecht in Euren Kreisvorständen, wie Ihr die Wahlkämpfe unterstützen könnt!

Grundsätzlich gilt: Um die landtagswahlkampf-führenden Landesverbände nicht noch weiter zu belasten, sollten die Kosten für den Einsatz aus Eurem Kreis- oder Landesverband getragen werden. Deswegen sind Rücksprachen mit Euren Schatzmeister_innen notwendig.

Des Weiteren möchte ich darauf orientieren, dass mobile Teams zur Unterstützung zusammengestellt werden. Am besten bewährt hat sich, ein Auto mit vier Personen für 2-3 Tage am Wochenende. Das hält die Kosten übersichtlich und bringt in den Einsatzorten am meisten.

Viele von Euch haben schon mit Ihren Partner_innen

Kreisverbänden bilaterale Absprachen getroffen, bitte teilt diese den Zuständigen mit, damit die Bedarfe und Angebote noch besser koordiniert werden können.

Brandenburg: Wahltag 1. September

Informationen zum Wahlprogramm und der Landesliste findet Ihr unter:

www.dielinke-brandenburg.de <<http://www.dielinke-brandenburg.de>>

Ansprechpartnerin für die Wahlkampfeinsätze ist Susanne Lang susanne.lang@die-linke.de <<mailto:susanne.lang@die-linke.de>> 030 24009 356 sie koordiniert die Einsätze im Auftrag des Landesverbandes und vermittelt die Einsatzorte. Solltet Ihr beson-



VOR BRANDENBURGER LANDTAGSWAHL

Linke-Spitzenkandidat fordert Massenenteignungen



Krankenhäuser gehören nicht in private Hand. Die sollen Patienten gesund machen, nicht Profit erwirtschaften. Auch Wohnungsunternehmen wie die Deutsche Wohnen haben fertig. Bus und Bahn gehören ebenso in die Hände der Allgemeinheit. Menschen vor Profite: Dafür stehen wir.

DIE LINKE.
BRANDENBURG

dere Wünsche haben, könnt Ihr sie Ihr natürlich mitteilen.

Spenden für den Wahlkampf unter: www.dielinke-brandenburg.de/spenden/ <<http://www.dielinke-brandenburg.de/spenden/>>

Sachsen: Wahltag 1. September

Informationen zum Wahlprogramm und zur Landesliste findet Ihr unter: www.dielinke-sachsen.de <<http://www.dielinke-sachsen.de>>

Für die Wahlkampfunterstützung könnt Ihr Euch direkt mittels Formular melden www.dielinke-sachsen.de/wahlkampfhilfe/ <<http://www.dielinke-sachsen.de/wahlkampfhilfe/>>

Wenn Ihr das Formular als Kreisverband nutzt, tragt das bitte unter 'weitere Anmerkungen' ein.

Ansprechpartner ist Alex Jahns alex.jahns@dielinke-sachsen.de <<mailto:alex.jahns@dielinke-sachsen.de>> 0341 8532 731 falls Ihr Fragen zu Einsatzorten und dem Wahlkampf habt.

Spenden für den Wahlkampf unter: www.dielinke-sachsen.de/mitmachen/spenden/ <<http://www.dielinke-sachsen.de/mitmachen/spenden/>>

Thüringen: Wahltag 27. Oktober

Wenn Ihr schon wisst, dass Ihr einen Unterstützungseinsatz in Thüringen machen könnt, könnt Ihr Euch



auch schon jetzt an malte.fiedler@dielinke.de <<mailto:malte.fiedler@dielinke.de>> 030 24009 357 wenden.

Genauerer zur Thüringenwahl und zu den Einsätzen kommt aber noch in einer weiteren E-Mail.

Mit solidarischen Grüßen

Christoph Kröpl

Bereichsleiter Kampagnen und Parteientwicklung

Linke fordern Aufbruch statt Abschottung

Der Europäische Rat hat die neue Strategische Agenda der EU für den Zeitraum 2019 bis 2024 angenommen. Dazu kommentiert Helmut Scholz, Europaabgeordneter der LINKEN:

„Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten unserer Europäischen Union verkennen die Dringlichkeit der Lage. Nicht Europa ist in Not und braucht zuvorderst Schutz vor Migration, sondern die 70 Millionen Menschen sind in Not, die laut Angaben der Vereinten Nationen weltweit aus ihrer Heimat fliehen mussten. Diese Menschen brauchen Schutz und Hilfe und zwar meistens auf den anderen Kontinenten. Innerhalb Europas sollte die Priorität hingegen beim sozial-ökologischen Wandel liegen. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas muss überwunden werden - und zwar nicht durch die Schaffung eines riesigen Niedriglohnssektors, wie es in Deutschland geschehen ist. Ich begrüße, dass Begriffe wie Inklusion, fair, sozial und ökologisch endlich einen Platz in der Strategie für die

Entwicklung unserer Europäischen Union gefunden haben. Den beschlossenen schönen Worten mangelt es jedoch an konkret benannten Plänen.

Wie wird die notwendige Neuausrichtung der Klima- und Energiepolitik konkret angegangen? Warum gibt es keine klare Sprache gegen das Verbrennen von Kohle und Öl? Es muss gehandelt werden, Europas Mehrwert erfahrbar werden, um Entfremdung der Menschen von Europa zu vermeiden. Im Interesse der heutigen und künftigen Generationen brauchen wir mehr als warme Worte. Tatenlosigkeit öffnet den Raum für die Propaganda von Rechtspopulisten und Nationalisten.“

Scharfe Kritik übte der handelspolitische Sprecher der Linksfraction im Europaparlament insbesondere an der Ausrichtung der internationalen Wirtschafts-

und Handelspolitik:

„Wer die ‚Förderung von Europas Interessen und Werten in der Welt‘ als Priorisierung und Sicherstellung der europäischen wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsinteressen und die Errichtung einer an diesen Zielen ausgerichteten Kohärenz und Wirksamkeit der externen Politiken versteht, geht von einem überholten, eurozentristischen Weltbild aus. Die Positionierung Europas als ‚globaler Player‘ im neuen strategischen Kontext sowie der Ausbau der europäischen Verteidigungsausgaben und -zusammenarbeit verbleibt so zwar folgerichtig – aber falsch – in alter macht- und militärpolitischer Logik.“ Das ist nicht länger hinnehmbar. „Wen auch immer der EU-Rat am 30. Juni dem Europäischen Parlament als Kommissionspräsident oder Präsidentin vorschlägt, er oder sie muss spätestens bei den Anhörungen im Europäischen Parlament den Fraktionen die Frage zur nachhaltigen Neuausrichtung der EU-Politik mit konkreten Vorhaben für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Union beantworten. Welche kon-

kreten Schritte wird unsere Europäische Union zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN Agenda 2030 gehen? Europas Einfluss soll nicht auf Rüstungsinvestitionen fußen, sondern auf klugen Lösungen für die primären globalen Probleme. Die LINKE im Europäischen Parlament wird den Vorschlag einer Vertragsänderung mit der Einbindung von Klimagerechtigkeit als politischem Ziel der EU auf Grundlage des Artikels 48 vorschlagen.“

„Notwendig ist eine wirkliche soziale Union, die der europäischen Idee neue Lebenskraft einhaucht. In einer Welt, in der es Zusammenarbeit, Fairness und Kompromissbereitschaft auf allen Seiten zur Lösung der gemeinsamen und globalen Herausforderungen braucht, wirken Kategorien wie Macht, weltweiter Einfluss und rücksichtslose Interessendurchsetzung wie aus der Zeit gefallen. Die Linke kann und wird dem ihr Weltbild entgegensetzen: Kooperation statt Konfrontation, Erarbeitung von Europas neuer Rolle als Partner der Welt statt Verteidigung eines neokolonialen Führungsanspruches.“

In Berlin und (H)alle dabei – Befristung motiviert zur Forschung. Nicht.

Was tun Doktorand*innen auf Sylt? Sie machen sich zurecht schwere Gedanken über ihre Zukunft. So geschehen im Juni auf einem Doktorand*innentreffen, das über eine Projektgruppe der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) organisiert wurde. Vier Tage lang traten sie in einen Austausch über die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen.

Dabei wird der Begriff Nachwuchs gar nicht gern gehört, denn er lässt an Kinder oder Säuglinge denken, die noch betreut werden müssen. Von Augenhöhe und Gleichberechtigung kann man dabei kaum sprechen, obwohl doch Wissenschaftler*innen in Qualifizierungsphasen – eine schon eher akzeptable Begrifflichkeit – längst aus dem Kleinkindalter rausgewachsen sind und mit ihren Promotionsprojekten die ersten wissenschaftlichen Tätigkeiten betreiben. Sie studieren nicht mehr, wie es gerne heißt, auch wenn der Begriff Promotionsstudium das durchaus noch impliziert.

Es gibt verschiedene Wege des Promovierens: Als Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (WiMi), über Drittmittelprojekte, Stipendien und Kollegs oder kom-

plett extern im außeruniversitären Kontext. All diese Statusgruppen zählen nicht mehr zu den Studierenden, aber auch nicht – mit Ausnahme der WiMis – zum wissenschaftlichen Personal einer Universität. Sie haben somit keine eigene Interessenvertretung, obwohl der Mittelbau, dem sie angehören, eine wichtige Rolle einnimmt, denn er stemmt den Großteil der Lehrveranstaltungen, treibt die Forschung voran und sorgt durch die Qualifizierungsphase für den Erhalt des Uni-Systems. Ohne Mittelbau wird es schließlich irgendwann keine Lehrstühle mehr geben und dennoch wird er gnadenlos ausgebeutet.

Denn es gibt da so ein nettes Gesetz wie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), zu dem es unlängst an der Uni Halle eine Podiumsdiskussion gegeben hat. Die dort getätigten Statements waren teilweise haarsträubend. Der Befristungswahn an den Hochschulen, der durch das WissZeitVG unterstützt wird – wenn auch sachgrundlose Befristungen nicht mehr zulässig sind – sorgt für sehr fragliche Ansichten. Da wird doch tatsächlich behauptet, die Befristungen seien ein gutes Mittel zur Motivation, da niemand Interesse daran habe, das

Forschungsarbeiten bis zu zehn Jahre benötigen, um abgeschlossen zu werden. So eine Äußerung stammt von einer Wissenschaftlerin, die doch am Besten wissen müsste, welche Faktoren bei der Verzögerung von Forschungsprozessen eine Rolle spielen können: Fehlende Ressourcen, erschwerter Zugang zu speziellen Forschungsgerätschaften oder -einrichtungen, persönliche Gründe wie ein Pflegefall in der Familie oder Schwangerschaft oder schlicht durch die Befristungen ausgelösten Belastungen. Wer stets damit beschäftigt ist, Verlängerungsanträge zu stellen und immer auf gepackten Koffern sitzt, weil sie*er nicht weiß, ob die Forschung weiter bewilligt wird, die*der arbeitet nicht motiviert, sondern unter einem krankmachenden Leistungsdruck. (Ironie On) Aber ja, Befristungen sind ein Segen und Motivationsmittel. Wer braucht schon qualitativ hochwertige Forschung, wenn wir Wissenschaftler*innen über ein prekäres System in Existenznot bringen, was sie dazu zwingt in kürzester Zeit möglichst irgendwelche Ergebnisse zu liefern (Ironie off). Je länger die Forschung anhält, umso stärker sinke der Marktwert von Wissenschaftler*innen, sagte ein*e weitere*r Diskussionsteilnehmer*in. Es ist schon empörend von Marktwerten zu sprechen, wenn es um Menschen geht. Die Wissenschaft lebt von der Forschung. Wie kann in Qualifikationsphasen ein Marktwert sinken, wenn Qualifizierung, Forschung und wissenschaftliche Erkenntnisse eben gerade durch ihre Dauer an Qualität gewinnen? Wir können Wissenschaft als Ramsch-Produkt begreifen, dass zu Niedrigpreisen verschleudert wird. Dann sollten wir uns aber nicht über sogenannte Fake News und Misstrauen gegen-

über der Wissenschaft wundern.

Nein, das WissZeitVG ist kein super Motivationsmittel, sondern eine Herabwürdigung wissenschaftlicher Leistungen und muss dringend und grundlegend überarbeitet werden. An der Evaluation des WissZeitVG arbeiten bereits verschiedene Interessengruppen, darunter die GEW, die in ihrem Templiner Manifest schon seit neun Jahren gute Bedingungen für die Wissenschaft fordert. Aber auch meine Fraktion im Deutschen Bundestag hat klare Vorstellungen von guter Arbeit in der Wissenschaft: Wir fordern beispielsweise, dass die familien- und behindertenpolitische Komponente rechtssicher ist – also dass es einen Rechtsanspruch auf Vertragsverlängerung um zwei Jahre gibt. Wir fordern Dauerstellen für Daueraufgaben, ein Ende des Prekariats in der Wissenschaft und der Ausbeutung von Lehrbeauftragten und nicht wissenschaftlichem Personal. Honorare für Lehrbeauftragte müssen deutlich erhöht sowie die Vor- und Nachbereitungszeit vergütet werden. Kettenbefristungen sollen ein Ende haben. In Qualifikationsphasen soll es hauptsächlich um die Forschung und nicht um die Lehre gehen. Zentrale Lehraufgaben müssen über feste und unbefristete Stellen geleistet werden. Lehraufträge sollen nicht die Regel sein, sondern zugunsten von Arbeitsverträgen verringert werden.

Gute Arbeit in der Wissenschaft sichert qualitative Forschung und Lehre. Massenabfertigungen zu Dumping-Konditionen nützen niemandem etwas und lösen auch keine Probleme. Wer gute Wissenschaft und Lehre will, muss in die Köpfe, die sie betreiben, investieren.

Aus der konstituierenden Sitzung des „neuen“ Stadtrates am 03.07.2019

Katja Müller ist die neue Vorsitzende des Stadtrates! Spannend ging es am vergangenen Mittwoch zu im Stadtrat.

Im 2. Wahlgang setzte sich Katja gegen den Mitbewerber der CDU, Andreas Schachtschneider, mit einer Stimme mehr durch. Der erste Wahlgang musste wiederholt werden, da ein Mitglied der AfD-Fraktion nicht die Wahlkabine genutzt hat und die Wahl aus diesem Grund als nicht geheim durchgeführt angesehen werden musste. Im ersten Wahlgang hätte die/der Bewerber die Anzahl von 28 Stimmen erreichen

müssen, um gewählt zu sein. Diese Stimmen erreichte keiner der beiden Bewerber. Katja hatte 27 Stimmen, Herr Schachtschneider 26, eine Stimme war ungültig. Das gleiche Ergebnis gab es auch im 2. Wahlgang, hier reichte die einfache Mehrheit. Und damit hatte sich Katja durchgesetzt. Herzlichen Glückwunsch!

Spannend ging es auch bei der Besetzung der Ausschussvorsitze zu. Mit einer Dringlichkeitsvorlage zur bestehenden Hauptsatzung wurde gestern eine Änderung der bestehenden Anzahl der Ausschüsse beschlossen. Im Vorfeld der Sitzung hatten sich dar-

auf bereits die Fraktionsvorsitzenden verständigt. In Zukunft wird es keinen Personalausschuss mehr geben. Die Aufgaben dieses Ausschusses werden auf den Finanz- und Hauptausschuss „verteilt“. Auch den Ausschuss für Stadtentwicklung wird es als eigenen Ausschuss nicht mehr geben. Er geht im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung ein. Neu ist auch die Bezeichnung des ehemaligen Ausschusses für Ordnung und Umwelt. Er wird ab jetzt als Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung geführt. Dem Klimaschutz in unserer Stadt soll damit auch mehr Würdigung gegeben werden.

Durch die Zusammenlegung von Ausschüssen und auch der Tatsache, dass wir jetzt 8 Fraktionen im Stadtrat sind, wird unsere Fraktion in Zukunft zwei Ausschussvorsitzende stellen: Dr. Bodo Meerheim leitet weiter den Finanzausschuss und Ute Haupt den Gesundheits- Sozial- und Gleichstellungsausschuss. Spannend war das Zugriffsverfahren im Stadtrat. Es gab zwar im Vorfeld der Stadtratssitzung eine Abstimmung aller Fraktionsvorsitzenden, aber dennoch

hat Herr Raue (AfD) im Stadtrat dieser Verständigung widersprochen. Er betonte, dass das Ergebnis der Abstimmung doch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt habe und forderte das Zugriffsverfahren ein. Nach der Stärke der Fraktionen (Sitze im Stadtrat) wurden nun die einzelnen Fraktionen aufgerufen und um ihre „Wünsche“ befragt. Da wir mit der CDU-Fraktion gleiche Sitze im Stadtrat haben, musste auch hier teilweise gelöst werden, wer den nächsten Zugriff hat.

Auf unserer Internetseite kann man nachlesen, welche Stadträte in welchen Ausschüssen und Aufsichtsräten bzw. Gremien arbeiten werden.

Die Fraktion freut sich, dass auch wieder viele sachkundige Einwohner*innen die Arbeit der Fraktion unterstützen werden. Viele von ihnen sind gestern bereits durch den Stadtrat gewählt wurden.

Jetzt verabschiedet sich der Stadtrat erst einmal in die Sommerpause. Die nächste Stadtratssitzung findet am 28. August statt.

Ute Haupt

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 19./20./21.06.2019

#Gute Arbeit

Fachkräfte in der Jugendarbeit besser unterstützen

Fachkräfte in der Jugendarbeit leisten Großartiges, aber sie selbst arbeiten oftmals prekärer als in anderen Bereichen. Deshalb fordern wir, zur Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Fördermittel für Fachkräfte und deren tarifliche Vergütung zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen Mindeststandards der geförderten Angebote hinsichtlich der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte überprüft werden. Wir wollen möglichst mehrjährige Förderungen und unbefristete Arbeitsverträge auch Mittelbindungen über fünf Jahre. So kann erfolgreiche und nachhaltige Jugendarbeit gelingen.

#Kinderhospize

Situation der Kinderhospize und betroffener Familien im Land verbessern

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Situation der Kinderhospize in Sachsen-Anhalt verbessern. Es müssten dringend einheitliche gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die eine stabile Finanzierung dieser Einrichtungen sichern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten erbringen eine wichtige und unverzichtbare Leistung und verdienen Respekt und Dankbarkeit.

#Verfassung und Bildung

Verfassungsfeindlicher Propaganda in den Schulen konsequent entgegenzutreten

Die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbolik in den Schulen muss durch alle am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten konsequent unterbunden werden. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, schulnahe Fortbildungen anzubieten und einen Leitfaden zum Umgang mit verfassungsfeindlicher Propaganda zu erstellen.

ganda zur Verfügung zu stellen. Hintergrund für den Antrag der Fraktion DIE LINKE ist die öffentliche Debatte über die strafrechtliche Relevanz des Zeigens des Hitlergrußes an einer Schule in Halle.

#Mobilität

Schieneinfrastruktur im Land

Innerhalb von 30 Jahren wurden 10 Prozent der Bahnstrecken in der Bundesrepublik Deutschland stillgelegt. Davon entfallen 40 Prozent auf Ostdeutschland. Sachsen-Anhalt schafft den traurigen zweiten Platz mit 660 Kilometern. Zuletzt wurden 13 Güterbahnhöfe in Sachsen-Anhalt stillgelegt. Im Zuge dieser Stilllegungen wurden ganze Landstriche vom Verkehr abgehängt. Vermeintlichen kurzfristigen Effekten wurden langfristige Entwicklungsperspektiven ganzer Regionen und der Klimaschutz geopfert. Für mehr Klimaschutz und die Erschließung ländlicher Räume braucht es eine Verkehrswende, die den Namen auch verdient. Stillgelegte Strecken reaktivieren, neue Strecken bauen, mehr in den Schienenverkehr investieren, das fordert die Fraktion DIE LINKE und will dafür die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel und Mittel der Gemeindeverkehrsfinanzierung stärker heranziehen.

#Pflege

Fachkräftemangel in der Pflege - Perspektiven schaffen

Laut den aktuellen Erhebungen von Ver.di belaufen sich die Überstunden im Bereich Pflege an mitteldeutschen Kliniken im aktuellen Jahr bereits auf drei Millionen. Um diese Situation abfedern zu können, müssten allein im mitteldeutschen Raum 1 900 Vollzeitkräfte eingestellt werden. Um die derzeitige Situation spürbar zu verbessern, fordern wir, dass die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen deutlich verbessert werden. Sie sollen nach den Maßstäben des öffentlichen Tarifvertragswerkes ausgestaltet werden.

#Klimaschutz

Menschengemachter Klimawandel

DIE LINKE fordert, dass der gegenwärtige Klimawandel als menschengemacht anerkannt und Treibhausgase drastisch reduziert werden. Zugleich verurteilen wir jegliche Diffamierung zivilgesellschaftlichen Engagements für den Klimaschutz und fordern dies vom Landtag ein. Unser Antrag

fordert zudem, dass die vielen Milliarden für Subventionen, Steuervorteile und -ausnahmen für Produkte und Produktionsweisen, darunter die fossilen Energieträger, die nachweislich das Klima schädigen, endlich abgeschafft werden. So brauchen wir unter anderem eine grundlegende Reform der Luftverkehrssteuer und darüber hinaus die Einführung einer EU-weiten Kerosinsteuer.

#außerhalb des Landtages

Lehrermangel durch Mehrarbeit kompensieren - nicht mit uns!

Derzeit wird ein Entwurf zur Änderung der Arbeitszeitverordnung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen diskutiert. Anrechnungsstunden in der gymnasialen Oberstufe vollständig gestrichen und die Altersermäßigung sollen erheblich gekürzt werden. Das heißt im Klartext: Der Lehrkräftemangel und der damit zusammenhängende Unterrichtsausfall sollen durch Mehrbelastungen der vorhandenen Lehrkräfte an den Schulen Sachsen-Anhalts aufgefangen werden. Dagegen hatte am Mittwoch die GEW zu einer Demonstration aufgerufen und etwa 1000 Lehrerinnen und Lehrer vor dem Landtag demonstriert und zahlreiche Abgeordnete von DIE LINKE waren dabei und solidarisierten sich mit den Protestierenden.

Damit diese Arbeitszeitordnung in unveränderter Fassung gültig bleibt, haben wir im Landtag einen entsprechenden Antrag gestellt. Außerdem wollen wir, dass die Ausschreibungspraxis für Neueinstellungen von Lehrkräften flexibilisiert und ein Konzept zur Qualifikation von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern vorgelegt werden. Zugleich fordern wir weitere Maßnahmen, mit denen die Lehrkräfte spürbar von Aufgaben entlastet werden, die nicht der Erteilung von Unterricht dienen.

#In eigener Sache

Halbzeit des Jahres 2019 - jetzt steht die Sommerpause vor der Tür, und auch der Landtagsticker pausiert bis Ende August. Ich wünsche allen gute Erholung!

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 21. Juni 2019
Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Juni 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juli Geburtstag haben.



Post von Lene

Hallo, liebe Linke,

das war vielleicht eine Affenhitze in den Klassenräumen- alles hat gestöhnt! Sogar unsere Lehrerinnen oder Lehrer, ob älter oder jünger ! Schulfrei?? Denkste!

Die Ferien sind da- ein Glück!!! Wir- meine Eltern und ich- fahren an die Ostsee, nach Rerik auf dem Darß. Ich kann euch gar nicht beschreiben, wie ich mich auf das kühle Wasser, das Wellenrauschen, das Sandburgbauen und Rumtoben mit anderen Kindern ohne jeden Schulstress freue. Wenn es abends kühler wird, will ich losziehen und meine Muschelsammlung erweitern. Eincremen ist natürlich Pflicht, sonst kommt der Sonnenbrand mit allen üblen Folgen. Oma hat mich besonders vor Sonnenleichtsinn gewarnt und gesagt, dass schlimme Folgen manchmal sogar erst im höheren Alter auftreten können. Kann ich mir zwar nicht vorstellen, aber Oma hat bisher meistens recht behalten. Jetzt muss ich genau überlegen, was ich alles in meinen Rucksack zum Mitnehmen packen will (nebst den Dingen, die Mama mir befohlen hat). Ein paar geheime Sachen schmutzele ich einfach rein.

Mein Zeugnis ist gut ausgefallen- keine Drei, in Deutsch und Bio eine Eins, in Sport benahe auch, nur wegen dem doofen Weitsprung nicht. Da waren Anton und Leo natürlich besser. Keine Kunst, die haben ja auch längere Beine als ich.

Nun will ich noch etwas Politisches loswerden. Wie können bloß so viele Leute auf Nazis oder Nazi-ähnliche reinfallen – und das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Das haben die Wahlen gezeigt. Und das hat elende Folgen, wie das Beispiel Italien zeigt. Dort regiert eine Faschopartei namens Lega mit und stellt den Innenminister. Der heißt Matteo Salvini (habe ich gelesen). Was ist passiert? Das deutsche Rettungsschiff „Sea Watch 3“ nahm an der Küste von Libyen in Seenot geratene Flüchtlinge auf. Ich habe erfahren, dass in diesem Land Menschen in Haftlager gesperrt und brutal gefoltert und mit dem Tode bedroht werden. Die „Sea Watch 3“, ein Seenotrettungsschiff, wurde von der deutschen Kapitänin Carola Rackete geführt und steuerte mit

etwa 40 Flüchtlingen einen italienischen Hafen der Insel Lampedusa an. Zwei Wochen lang hatte sie vergeblich darum gebeten, die Geretteten an Land bringen zu dürfen. Die Situation soll unerträglich für die Geflüchteten geworden sein. Carola Rackete setzte sich deshalb über das Landeverbot hinweg Sie wurde sofort festgenommen, obwohl es ein internationales Nothafenrecht gibt.



Danach dürfen in Notfällen die Häfen von Küstenstädten angelaufen werden. Unsere liebe Bundesregierung hat sich sehr lange mit jeglicher Unterstützung der Kapitänin zurückgehalten. Ich finde das richtig beschämend. Im Gegensatz dazu unterstützen viele Organisationen und Verbänden, wie z.B. der Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere, zahlreiche Künstler, und Politikern (natürlich sofort wir Linken) die mutige Kapitänin Carola Rackete. Nun sollte sich die Bundesregierung trotz CSU-Seehofers Abschotterei endlich dazu aufraffen, sich wieder auf ihre oft behauptete sogenannte christliche Nächstenliebe zu besinnen. Menschen in Not brauchen jede Unterstützung, finde ich. Ihr sicher auch!

Tschüss,

Eure Lene

Senioren-Café am 31.07.19 ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:

Dr. Viola Schubert- Lehnhardt stellt das Buch „1919- das Jahr der Frauen“ von Una Hörner vor (Lichtbilder Vortrag).

Vorschau

Senioren-Café am 28.08.19 ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Verfolgte - Vertriebene - vergessene Frauen“ Präsentation eines im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Sachsen-Anhalt erarbeiteten Personenkatalogs durch die Projektleiterin Elke Prinz (Dornrosa e.V.)

Bitte kommt am 20.07.2019 nach Halle und unterstützt uns.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich wende mich heute mit der dringenden Bitte um Unterstützung an Euch:

Am 20.07.2019 will die Identitäre Bewegung in Halle Macht und Stärke demonstrieren. In Halle versuchen die „Identitären“ wie in kaum einer anderen Stadt in der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Seit 2017 betreiben sie in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 ein rechts-extremes Hausprojekt. Engagierte Anwohnerinnen und Anwohner, antifaschistische Gruppen sowie Aufklärung und Protest haben dafür gesorgt, dass inzwischen in der extremen Rechten von einem Scheitern des Projekts gesprochen wird. Noch ist das Hausprojekt nicht geschlossen und die geplante Demonstration unter dem Motto „Europa verteidigen! Es ist unsere Heimat.“, ist als klare Kampfansage der „Identitären“ zu verstehen. Diese Demonstration soll ihr – für sie dringend notwendiger – Erfolg auf der Straße werden: Ein Signal weit über die Stadt und den Tag hinaus.

Das Bündnis Halle gegen Rechts- Bündnis für Zivilcourage (natürlich ist die LINKE Teil des Bündnisses) organisiert gerade die Proteste dagegen unter dem Motto „Identitäre“ stoppen! Für Solidarität ohne Grenzen.“ und wollen damit an gute Hallenser Traditionen, wie z.B. die Verhinderung des für den 1. Mai 2017 geplanten Naziaufmarsches, anknüpfen. Auch hier geht es nicht nur um die Frage, ob Halle stabil antifaschistisch bleibt. Ob die IB, gerade in Zeiten der zugespitzten Kriminalisierung von Seenotrettung, in

Halle einen Erfolg verbuchen kann oder nicht, kann Strahlkraft über die Region hinaus entwickeln.

Ob und wie gut es uns gelingt, der IB-Demo etwas wirkmächtiges entgegenzusetzen, hängt maßgeblich davon ab, wieviele Leute wir an diesem Tag zu den unterschiedlichen Protestformaten mobilisieren können. Hier liegt unser großes Problem und meine Bitte an Euch:

Wegen der Ferienzeit haben wir dieses Mal mehr Probleme als sonst, Menschen auf die Straßen zu bringen. Bitte kommt am 20.07.2019 nach Halle und unterstützt uns. Wie immer belassen wir es nicht beim Protest, sondern wollen unsere Aktionen auch zum starken Signal des Eintretens für Humanität, Seenotrettung und Solidarität machen. Unseren Aufruf und Informationen zu den geplanten Aktionen findet ihr, sobald wir sie veröffentlichen können, hier: <https://www.identitaere-stoppen.de/aufruf/>.

Weil die Proteste natürlich auch Geld kosten, haben wir dieses Mal auch ein crowdfunding organisiert. Für finanzielle Unterstützung wären wir ebenfalls sehr dankbar. <http://www.visionbakery.com/identitaere-stoppen>

Also, bitte schaut regelmäßig auf unsere Infokanäle (Twitter: @HalggR, Facebook: <https://de-de.facebook.com/HallegegenRechts/>), helft uns bei der Mobilisierung in den sozialen Netzwerken analog wie digital, teilt was das Zeug hält und kommt am 20.07. nach Halle!

Mit solidarischen und antifaschistischen Grüßen
Henriette Quade

